aktion zu treffen, als auch der polnischen Nation die Wiederherstellung eines souveränen polnischen Staates zu ermöglichen.

Die machtpolitische Konstellation in Europa, aber vor allem auch die trennenden Kräfte, die im nationalen Denken enthalten sein können und 1848 existent waren, verhinderten jedoch, daß die einmal gewonnene Gemeinsamkeit erhalten blieb und eine dauerhafte politische Kraft werden konnte.



# Die polnisch-deutschen Beziehungen im Großherzogtum Posen in den Jahren 1846 - 1848

von Lech Trzeciakowski

Die revolutionären Ereignisse des Völkerfrühlings spielten sich auf mehreren Ebenen gleichzeitig ab. Neben dem Kampf gegen die feudalen Restbestände war das Ringen um die Befreiung oder um die nationale Vereinigung Hauptziel der damaligen Bestrebungen. Das Jahr 1848 war also eine wichtige Etappe in der Entwicklung der nationalen Bewegungen und in der Herausbildung des modernen Nationalismus. An den Grundfesten der Habsburger Monarchie rüttelten die Kämpfe um die Vereinigung Italiens, der nationale Befreiungsaufstand in Ungarn und die Befreiungsbewegungen in der Tschechei und in Galizien. Auch der andere deutsche Staat - Preußen - der seine Macht den Eroberungskriegen verdankte, sah sich an seinen östlichen Randgebieten nationalen Problemen gegenübergestellt.

Der Einfluß der Ereignisse von 1848 war von außergewöhnlicher Bedeutung für die polnisch-deutschen Beziehungen in dem von Preußen annektierten Teil Polens. Bis zu diesem Zeitpunkt spielten sich die nationalen Probleme dieser Gebiete auf der Ebene Unterwerfer und unterjochte polnische Bevölkerung ab. Im Jahre 1848 kam es zum ersten Mal zur Konfrontation zwischen der polnischen Bevölkerung und der zahlreichen deutschen Minderheit. Der Konflikt flammte heftig auf und erlosch nach kurzer Zeit. Er hinterließ jedoch bleibende Spuren, die sich in den gegenseitigen Beziehungen widerspiegelten. Diese Belastungen fanden dann in der Zeit des Wilhelminischen Kaiserreichs ihren Ausdruck. Auf die Tradition von 1848 greifen beide Seiten, sowohl Polen als auch Deutsche, zurück. Während die Polen an die heldenhaften Kämpfe um die Unabhängigkeit, die jedoch mit einer Niederlage endeten, anknüpften, schlossen sich die Deutschen an die in dieser Zeit entstandene deutsche, nationalistische Bewegung an. Diese Bewegung trat für die privilegierte Position der deutschen Bevölkerung ein und bekämpfte die polnische Aktivität.

Die Ereignisse von 1848 im Großherzogtum Posen fanden einen starken Niederschlag im Schrifttum. Neben zahlreichen Erinnerungen der Teilnehmer erschienen auch einige Monographien, die dem Völkerfrühling in Großpolen gewidmet sind. In der deutschen Geschichtsschreibung dominierte, ohne Rücksicht auf die politischen Meinungen, die Auffassung von der Richtigkeit der Haltung, die die Deutschen 1848 eingenommen haben. Dieser Gedanke kam nicht nur in den Büchern von Christian Meyer und Wolfgang Kothe [1] zum Ausdruck, denen eine spezifische Betrachtung des geschichtlichen Prozesses vorschwebte, die so charakteristisch für das Schaffen Heinrich von Treitschkes war und sich in der Travestie der bekannten römischen Maxime „Salus Borussiae suprema lex" resümierte. Sogar Hans Schmidt, weit entfernt von den nationalistischen Vorurteilen, zog aus der politischen Aktivität der deutschen Bevölkerung während des Völkerfrühlings eine so charakteristische Schlußfolgerung: „Wenn trotz alldem das deutsche Volk sich erhob, sich gegen alle diese Widersacher behauptete und sich zum Kampf gegen neue Feinde rüstete, so beweist es eben dadurch sein tatsächliches, historisches Recht an der Provinz" [2]. Die polnischen Forscher haben drei größere Werke zu dieser Thematik geschrieben. Die Arbeit von Kazimierz Rakowski, noch vor dem ersten Weltkrieg geschrieben, konzentrierte sich auf den ersten Zeitabschnitt der Revolution und auf die bewaffneten Auseinandersetzungen. Da ihm der Zugang zu

[1] Christian Mayer, Die Deutschen der Provinz Posen gegenüber dem polnischen Aufstand im Jahre 1848, München 1904; Wolfgang Kothe, Deutsche Bewegung und preußische Politik im Posener Lande 1848–1849, Posen 1931.

[2] Hans Schmidt, Die polnische Revolution des Jahres 1848 im Großherzogtum Posen, Weimar 1912, S. 178 f.

amtlichen Quellen verwehrt wurde, mußte er auf eine eingehendere Analyse von bestimmten Problembereichen verzichten [3]. Stefan Kieniewicz betrachtete die Ereignisse von 1848 im Großherzogtum Posen vom Standpunkt der Veränderungen aus, die sich in der polnischen Gesellschaft vollzogen hatten.

Wesentlich ist hier die Beachtung der Beziehungen zwischen der polnischen und der deutschen Bevölkerung. Obgleich der Autor seine eingehenden Betrachtungen mit der Niederlage des bewaffneten Aufstandes abschließt, beschäftigt er sich im Schlußkapitel mit den Konsequenzen der Ereignisse von 1848. Er schreibt dort u.a.: „Die Revolution ließ in den Massen nationale Gefühle entflammen, und die Reaktion vergiftete sie mit dem Nationalismus" [4]. Im Jahre 1976 erschien eine breit angelegte Arbeit von Jerzy Kozłowski, der sich als erster in dem polnischen Geschichtsschrifttum mit der Haltung der deutschen Bevölkerung in den Jahren des Völkerfrühlings beschäftigte. Seine Betrachtungen reichen bis zu Beginn des Jahres 1850, als die zweite Kammer des preußischen Landtages den Regierungsplan zur Erhaltung des bisherigen Verwaltungsstatus des Großherzogtums Posen akzeptierte [5]. Daraus ging hervor, daß die Hoffnungen der polnischen Bevölkerung auf irgendwelche Zugeständnisse endgültig zunichte gemacht wurden. Zdzisław Grot [6] beschäftigte sich mit der Aktivität der polnischen Abgeordneten in Berlin in den Jahren 1848-1850.

Meine eingehende Behandlung des Themas möchte ich mit folgender Fragestellung beginnen: Inwieweit hat der mißlungene Aufstand von 1846 die gegenseitigen Beziehungen beeinflußt? Abschließen möchte ich mit dem Zeitpunkt, als Anfang Dezember 1848 der preußische König die Nationalversammlung in Berlin auflöste und die Verfassung aufnötigte, was eine schmerzhafte Niederlage für die deutschen demokratischen Kreise bedeutete, in denen die Polen Verbündete für ihre Sache gefunden hatten.

Bevor ich jedoch zu Überlegungen übergehe, die unmittelbar mit dem Thema zusammenhängen, möchte ich kurz das Augenmerk auf die Szenerie richten, auf der sich die stürmischen Ereignisse von 1848 abspielten. Drei Faktoren übten hier einen entscheidenden Einfluß aus: 1) die Staatspolitik, 2) die Beziehungen der Nationalitäten im Großherzogtum Posen, 3) das nationale Bewußtsein und die politische Aktivität der Polen und Deutschen.

Die Politik des preußischen Staates war vor allem von dem Streben gekennzeichnet, die Provinz Posen im Rahmen der Hohenzollern-Monarchie zu erhalten, und sie so eng wie möglich in den Rahmen des preußischen Staats zu integrieren. Die der polnischen Bevölkerung geleisteten Zugeständnisse, die häufig an Trugbilder erinnerten, waren von taktischen Gründen diktiert. Angesichts der generellen Einstellung den Polen gegenüber waren die vereinzelt ehrlichen Absichten einiger preußischer Politiker von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Die nationalen Beziehungen gestalteten sich sehr kompliziert. Unter Berücksichtigung aller Unzulänglichkeiten der damaligen amtlichen Statistiken kann man annehmen, daß im Jahre 1846 im Großherzogtum Posen 841 000 (62,7 %) Polen, 420 000 (31,1 %) Deutsche und 81 000 (6 %) Juden ansässig waren. Im Hinblick auf die Konfession bildeten Katholiken 63,8 % der Bevölkerung, Protestanten 30,1 %, Juden und andere 6,1 %. Die Polen waren in überwiegender Mehrheit katholisch, die Deutschen dagegen evangelisch[7]. Die deutsche Bevölkerung katholischen Glaubens bewohnte die

[3] Kazimierz Rakowski, Powstanie poznańskie 1848 roku, Lwów 1900.

[4] Stefan Kieniewicz, Społeczeństwo polskie w powstaniu poznańskim w 1848 r., Warszawa 1960, S. 401.

[5] Bolesław Grześ, Jerzy Kozłowski, Aleksander Kramski, Niemcy w Poznańskiem wobec polityki germanizacyjnej, hrsg. von L. Trzeciakowski, Poznań 1976.

[6] Zdzisław Grot, Działalność posłów polskich w sejmie pruskim (1848–1850), Poznań 1961.

[7] Bolesław Grześ, Jerzy Kozłowski, Aleksander Kramski a. a. O., S. 17–18.



südwestlichen Teile des Großherzogtums Posen, die nicht zahlreiche Gruppe der polnischen Protestanten die süd-östlichen Kreise. Die deutsche Bevölkerung war vor allem auf die acht westlichen, südlichen und nördlichen Kreise verteilt, wo sie die Mehrheit bildete. Die Polen dagegen überwogen in den 18 zentralen und östlichen Kreisen. Vom gesellschaftlichen Standpunkt aus, waren in der polnischen Bevölkerung alle Klassen und Schichten repräsentiert, die für die Übergangsepoche zwischen dem Feudalismus und dem Kapitalismus charakteristisch waren. Dagegen waren unter den Deutschen die Gutsbesitzer, reiche Bauern und das Bürgertum entschieden überlegen, eine Gemeinschaft also mit einem größeren oder mittleren Grad des Wohlstands. Die ökonomische Überlegenheit der Deutschen war besonders in den bürgerlichen Kreisen deutlich. Die polnische Bevölkerung vertrat nicht ein einheitliches Nationalbewußtsein. Während das Nationalbewußtsein in den Kreisen der Gutsbesitzer, der Intelligenz und der Mehrheit der städtischen Bevölkerung sehr gut entwickelt war, so bestanden wesentliche Unterschiede in den Schichten der Bauern und des Landproletariats. In diesen Schichten war das Gefühl der religiösen Andersartigkeit stark entwickelt, wodurch sie sich von den deutschen Ankömmlingen unterschieden.

Bei den Deutschen entwickelte sich ein eigenartiger preußisch-deutscher Patriotismus, der unter der eingewanderten Bevölkerung verständlich war. Diese Bevölkerung war in überwiegender Mehrheit in der Folge der Eroberungspolitik der Hohenzollern in das Großherzogtum Posen eingewandert. Es war auch keine Seltenheit, daß sich Deutsche katholischer Konfession polonisierten.

Unter der politisch aufgeklärten polnischen Bevölkerung konnte man eine weitgehende, unterschiedliche, politische Orientierung beobachten. Starke Einflüsse hatten demokratische und konservative Gruppierungen, obschon es auch Anhänger von radikalen gesellschaftlichen Veränderungen gab, die in ihren Meinungen dem utopischen Sozialismus nahestanden. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung nahm eine konservative Haltung ein, die Liberalen hatten gewisse Einflüsse in den größeren Städten.

Die polnische Bevölkerung übertraf die deutsche Bevölkerung in Bezug auf das gesellschaftliche und politische Engagement bei weitem. In der legalen gesellschaftlichen und kulturellen Tätigkeit gaben die Polen den Ton an, neben der sich herausbildenden konspirativen Bewegung. In diesem Zusammenhang genügt es, Namen wie Edward Raczyński, Tytus Działyński, Karol Marcinkowski, Karol Libelt oder August Cieszkowski zu nennen. Auf Grund ihrer Initiative entstanden ausgezeichnete Bibliotheken und Sammlungen, es entwickelten sich wirtschaftliche und kulturelle Organisationen. In der ersten Hälfte der vierziger Jahre war Poznań ein bedeutendes kulturelles Zentrum, und diese Tatsache läßt sich auf die Aktivität der Vertreter des polnischen Geisteslebens zurückführen. Dagegen mangelte es unter der hier ansässigen deutschen Bevölkerung an hervorragenden Persönlichkeiten. Moritz Jaffe, der Autor eines geschätzten Buches über Poznań, charakterisierte das deutsche Bürgertum von Poznań folgendermaßen: „Unter den Kaufleuten und Advokaten, den Brauern und Destillateuren war eine ganze Anzahl, die recht gut vorwärts zu kommen wußte. Aber aus dieser Klasse ging kein Mann hervor, der sich in der Wissenschaft oder in der Kunst, im Staatsdienst oder selbst in irgend einem bürgerlichen Berufe einen klangvollen Namen gemacht hätte."[8].

Mit der Beamtenschicht konnte man auch nicht rechnen. Sie kamen in der Regel in die Mark, um rasch Karierre zu machen und wollten so schnell wie möglich in die Heimat zurückkehren. Die Junker entwickelten auch keine größeren Initiativen, vielmehr hielt sich die deutsche Aristokratie in ihren großpolnischen Gütern nur zeitweilig auf.

[8] Moritz Jaffe, Die Stadt Posen unter preußischer Herrschaft, Leipzig 1909, S. 154.

Die Bemühungen hoher preußischer Beamter fanden nur teilweise einen Nährboden. Ein Beispiel dafür war die Gründung des Kunstvereins zu Posen durch den Oberpräsidenten der Provinz Eduard von Flottwell. Es erwies sich, daß diesem nützlichen Verein 1060 Mitglieder angehörten. Davon waren 374 Beamte und 80 Militärangehörige. Charakteristisch ist, daß die Intellektuellen - und nicht weniger die Finanzelite, neben den höchsten Beamten sowohl die polnische Aristokratie und die Gutsbesitzer als auch die verhältnismäßig zahlreichen katholischen Geistlichen dazugehörten, unter ihnen der Erzbischof von Gniezno und Poznań[9].

Das Zusammenleben der beiden Nationalitäten verlief ohne Reibungen. Die Bemühungen von Eduard von Flottwell, die aktive Untersützung der ortsansässigen deutschen Bevölkerung für die Germanisierungspolitik zu gewinnen, brachten keine größeren Resultate. Außer dem Beamtenkorps nahmen nur einige Personen eine antipolnische Haltung ein. Die deutschen Abgeordneten im Provinziallandtag traten in den dreißiger Jahren (1834, 1837) lediglich zweimal mit Bittschriften an den König heran, die gegen die polnischen Anträge zur Verteidigung der polnischen Sprache und den Anteil der Polen in der Verwaltung gerichtet waren. Es handelt sich hier nur um Einzelfälle, und sie waren kein Anzeichen dafür, daß eine konsequente antipolnische Haltung gegenüber der polnischen Bevölkerung eingenommen wurde. Es mangelte nicht an Beispielen der Zusammenarbeit im Provinziallandtag, in den Stadträten, in verschiedenen Gesellschaften, wie z.B. in dem schon erwähnten „Kunstverein zu Posen." Deutsche konnte man auch im polnischen Kasino in Gostyń antreffen.

Diese Situation veränderte sich aber, als die Behörden im November 1845 eine verzweigte polnische Konspiration entdeckten. Die Vorbereitungen zum Aufstand endeten im Februar 1846 mit einer totalen Niederlage. Die ortsansässigen Deutschen fühlten sich zum ersten Mal seit der Napoleonischen Epoche bedroht. Die Panik unter der deutschen Bevölkerung des Bromberger Regierungsbezirkes, die der Novemberaufstand auslöste, war nur eine Episode ohne größere Konsequenzen. Diesmal entdeckte man eine breitangelegte Verschwörung, die die Wiederherstellung des polnischen Staats zum Ziel hatte, und das unmittelbar auf dem Territorium, das als integraler Bestandteil Preußens betrachtet wurde, bildeten doch die Deutschen auf diesem Gebiet die privilegierte Bevölkerung. Die Reaktion der Deutschen war sehr heftig. Die deutsche Bevölkerung einer ganzen Reihe von Städten und Gemeinden übersandte Bittschriften an den König. Eine Gruppe der Junker trat mit dem Vorschlag auf, eine Organisation der ortsansässigen Deutschen zu bilden. Man forderte ein entschiedenes Vorgehen gegen die Polen, die Beschränkung der polnischen Sprache in der Verwaltung, im Gericht und im Schulwesen, weiterhin verlangte man mit allen erreichbaren Mitteln die Aussiedlung der zahlreichen in verschiedenen Verschwörungen engagierten Adelsfamilien, die Auflösung des Großherzogtums Posen, die Festigung des Deutschtums[10]. Man hat auch ein Gründungskomitee einer dementsprechenden zukünftigen Organisation errichtet. Vorläufig blieb es nur bei den Vorschlägen. Jedoch wurde der Samen des gegenseitigen Mißtrauens gesät. Im Februar 1848 berichteten die Polizeibehörden: „Da die Deutschen und Juden die Polen mit sonst wahren Argusaugen überwachen, so dürfe eine nahe liegende Gefahr nicht vorhanden sein, und somit die öffentliche Stimmung zwar nur als eine ruhige, aber auch als gespannte bezeichnet werden" [11].

[9] Magdalena Warkoczewska, Towarzystwo Sztuk Pięknych w Poznaniu w latach 1837–1848, in: Studia Muzealne, Jg. 1972, S. 9–10.
[10] Wolfgang Kothe, a. a. O., S. 14.
[11] Archiwum Państwowe miasta Poznania i woj. poznańskiego. Prezydium Policji nr. 4771, in: Zeitungsberichte aus den Jahren 1845–1850, Bericht von 27. 2. 1848.



Nach einer kurzen Zeit trafen die Nachrichten über die Revolution in Frankreich ein. Unter der polnischen und deutschen Bevölkerung wurden Flugblätter und Revolutionsaufrufe verbreitet. Die linksorientierten Polen Walenty Stefański, Ryszard Berwiński und Jakub Krauthofer haben den Anstoß zur Unterschriftensammlung für die Bittschrift an König Friedrich Wilhelm IV. gegeben. In dieser Bittschrift forderten sie den König auf, Polen zu befreien. Diese Aktion der Polen war nicht vereinzelt; nach Berlin gingen Bittschriften aus ganz Preußen, in denen man demokratische Reformen verlangte. Angesichts dieser Aktion verhielt sich die deutsche Ortsbevölkerung passiv. Die polnischen Aktivisten richteten auch an die deutsche Bevölkerung einen Aufruf mit dem Titel „Polen an Preußen", in dem man die Verfolgungen schilderte, die die polnische Bevölkerung durch die Preußen erlebte, und man rief die Deutschen zum Beitritt zur Revolutionsbewegung auf.

In den Morgenstunden des 20. März 1848 erreichte Poznań eine Botschaft über die Ereignisse in Berlin. Die Volksmassen gingen in der Stadt auf die Straße, es begann eine unblutige Revolution. Die Zivil- und Militärbehörden waren in Folge der entstandenen Situation desorientiert und ohne Instruktionen aus Berlin; sie verhielten sich passiv. Die Polen gründeten das National-Komitee; das man später in Zentral-National-Komitee umbenannte, und dessen Ziel es war, die „völlige Befreiung unserer Heimat" durchzuführen. In den polnischen Behörden hatten Funktionäre mit verschiedenen politischen Anschauungen ihren Sitz, von den gemäßigten Liberalen (Gustaw Potworowski) bis zu revolutionären Republikanern (Jakub Krauthofer). Bald traten diesem Komitee die aus dem Gefängnis in Moabit befreiten Patrioten, wie Koral Libelt, bei. Man wählte eine Deputation, die man nach Berlin entsandte, mit dem Auftrag, die Unabhängigkeit für das von Preußen annektierte Land zu fordern. An ihrer Spitze stand der Erzbischof von Gniezno und Poznań Leon Przyłuski. Gleichzeitig hat man in der Provinz die polnischen Behördenorgane gegründet. Die polnischen Politiker waren gegen ein Blutvergießen, weil sie damit rechneten, ihre Ziele mit legalen Methoden erreichen zu können. Am selben Tag führten die Berliner im Festzug die aus Moabit befreiten polnischen Patrioten zum Königsschloß, wo man Friedrich Wilhelm IV. zwang, ihnen seine Huldigung entgegenzubringen. Danach fand vor der Universität eine Kundgebung statt, auf der Karol Libelt und Ludwik Mierosławski flammende Reden hielten. Am nächsten Tag (21. 3.) gab das Nationalkomitee eine Proklamation an die Deutschen heraus. Sie gab der Hoffnung auf die Entstehung eines unabhängigen Polens und auf den Krieg gegen Rußland Ausdruck. Den Deutschen boten die Polen Freundschaft und Sicherheit an.

Nur wenige nahmen an, daß sich das Schicksal des bisher unblutigen polnischen Aufstandes in den ersten Revolutionstagen entscheiden würde. Den entscheidenden Einfluß darauf hatten angesichts der Ereignisse im Großherzogtum Posen die Zentralbehören in Berlin.

An der Spitze der neuberufenen Regierung stand Graf Adolf Arnim-Boitzenburg, ein Politiker mit reaktionären Anschauungen. In der Regierung standen sich zwei gegensätzliche Lager gegenüber: die Konservativen und die Liberalen. Die ersten repräsentierte der Ministerpräsident und zugleich der Kriegsminister Wilhelm Rohr, die Liberalen vertraten die Außenminister Freiherr Heinrich Arnim-Suckow und der Innenminister Rudolf Auerswald. Der Freiherr Arnim trat für die Entstehung eines vereinigten liberalen Deutschlands unter der Führung Preußens wie auch für die Bildung eines mit Preußen verbundenen Polens ein. Die Realisierung dieser Pläne war mit der Notwendigkeit eines Krieges gegen Rußland verbunden. Trotz der Regierungsänderung zeichnete sich die Lösung des polnischen Problems nur sehr unklar ab. Schon das Gespräch, das Mierosławski mit dem neuen Ministerpräsidenten am 29. März führte, mußte pessi-

mistisch stimmen. Mierosławski konnte von Arnim nichts erreichen und mußte unverrichteter Dinge heimkehren. De facto endete auch die am 23. März beim König stattgefundene Audienz der polnischen Delegation und die Unterredung der polnischen Politiker mit den einzelnen Regierungsmitgliedern mit einem Mißerfolg. Die polnischen Delegierten haben daraufhin ihre Forderungen entgegen den vorher erhaltenen Instruktionen abgemildert und verlangten im Prinzip nur noch die Autonomie im Rahmen des preußischen Staates. Die Armeeangehörigen sollten aus der ortsansässigen Bevölkerung bestehen und „die Regierungsposten sind von den Bewohnern aus der Provinz zu besetzen".

Diese Forderungen suggerierten deutlich die Mitwirkung der Polen, Deutschen und Juden an der Realisierung der Vorhaben. Es war dabei charakteristisch, daß der Stadtrat von Poznań, der vorwiegend aus Deutschen bestand, im Einverständnis mit dem Magistrat beschloß, die Bemühungen der Polen in Berlin zu unterstützen. Am selben Tag kam eine deutsche Delegation aus Poznań nach Berlin. Unter dem Einfluß eines allgemeinen Enthusiasmus bereiteten die Deutschen eine Denkschrift vor, in der sie die Selbständigkeit des Großherzogtums Posen verlangten, weil sie an sein Bestehen im Rahmen Preußens nicht glaubten. Diese Forderung versetzte die Zentralbehörden in Erstaunen und Überraschung, weil sie weiter ging als die Polen selbst wollten. Im Endeffekt hat diese Denkschrift aber keinen Einfluß auf die endgültigen Entscheidungen ausgeübt. In der Nacht vom 23. zum 24. März fand eine Kabinettssitzung statt. Die Vorschläge zur Lösung des Posener Problems beinhalteten die Teilung der Provinz in einen polnischen und in einen deutschen Teil sowie die Konzeption des Rußlandkrieges, durch den man sich die Bildung eines polnischen Staats erhoffte. Diesen Gedanken vertrat der Außenminister Freiherr von Arnim. Der König dagegen war nicht nur gegen die Unabhängigkeit Polens eingestellt, sondern auch gegen jegliche Zugeständnisse an die polnische Bevölkerung. Am 24. März erschien letzten Endes eine Kabinettsordre, in der Friedrich Wilhelm IV. eine nationale Reorganisation des Großherzogtums Posen ankündigte. Er sah die Errichtung einer deutsch-polnischen Kommission vor, die im Einvernehmen mit dem Oberpräsidenten entsprechende Anträge vorbereiten sollte. Hier handelt es sich um ein allgemein gehaltenes Dokument, das die Mitwirkung der preußischen Verwaltungsorgane bei nicht näher umrissenen Veränderungen vorsah.

An dem Tage, als die polnische Delegation ihre Forderungen dem König vorlegte, spielte sich gleichzeitig ein anderes wohl wichtigeres Ereignis ab. Oberst Heinrich Brandt, der Abgesandte des Korpskommandeurs im Großherzogtum Posen General Friedrich Colomb, der ein entschiedener Anhänger bewaffneter Auseinandersetzung mit Polen war, wurde vom Kriegsminister Rohr empfangen. Auf diesem Treffen legte man fest, daß unter dem Vorwand der Vorbereitungen zum Krieg gegen Rußland die Streitkräfte in der Provinz Posen zu verstärken seien. Später, nach der Niederschlagung des Aufstandes, würden die Truppen nach Berlin zurückgezogen werden. Schon am 25. März kamen in Poznań die ersten Verstärkungen an.

Anfang April waren im Großherzogtum Posen schon 30 000 Soldaten stationiert. Die polnischen Behörden, von einem unvermeidlichen Krieg gegen Rußland überzeugt, bildeten eigene Truppen. Ende März zählte die Aufstandsarmee ungefähr 7000 Freiwillige, die jedoch größtenteils schwach bewaffnet waren.

Angesichts sehr unklarer Versprechungen des Königs einerseits und der entschlossenen Militäraktion gegen Polen andererseits hatten die nationalen Freiheitsbestrebungen keine Chance. Diese Situation hätte sich anders gestalten können, wenn die Revolution in Deutschland radikaler gewesen wäre und es gleichzeitig zu einem Krieg gegen Rußland gekommen wäre. Diese Hoffnungen zerschlugen sich also, und die polnische Bewegung war zum Scheitern verurteilt.



In einer solchen Situation hatten die Ereignisse in der Provinz selbst eine nur zweitrangige Bedeutung. Sie konnten eventuell die Entwicklung der für Polen ungünstigen Ereignisse beschleunigen oder hinauszögern. Dennoch übten sie einen großen Einfluß auf die Gestaltung der Beziehungen zwischen den beiden Nationalitäten aus.

Als man in Berlin über das Schicksal des Großherzogtums Posen entschied, erreichte die begeisterte Stimmung in Poznań ihren Höhepunkt. Der 22. März war nämlich der Tag, an dem die Idee der Verbrüderung von Polen und Deutschen beherrschend war. Die Deutschen organisierten eine Kundgebung, an der auch Polen und Juden teilnahmen. Zwei junge Beamte, Crouzas und Emil Brachvogel, hielten Reden. Während die erste Ansprache im gemäßigtem Ton gehalten war, brachte die andere den Glauben an die Wiedergeburt Polens zum Ausdruck, betonte die deutsch-polnische Verbrüderung und enthielt Anspielungen auf den gemeinsamen Kampf gegen Rußland. In ähnlichem Ton hielten auch die Juden und Polen ihre Ansprachen. Während des allgemeinen Enthusiasmus tauschte man die in polnischen und deutschen Nationalfarben gehaltenen Schleifen aus. Die Nationalgarde wurde gegründet, der Polen, Juden und Deutsche beitraten.

Am selben Tag machte das deutsche Adreßkomitee, das am 22. März gegründet wurde, den Vorschlag, die deutschen Vertreter ins polnische Nationalkomitee aufzunehmen. Dieser Vorschlag war von zwei Gründen bestimmt: Einmal von dem Willen einer Zusammenarbeit der fortschrittlichen Kräfte beider Nationalitäten, zum andern von der Anerkennung des Nationalkomitees – als eines authentischen Machtorgans in der Stadt – durch die Deutschen, da sich das Heer aus der Stadt zurückgezogen hatte und die Zivilbevölkerung sich vollkommen passiv verhielt. Die Polen waren jedoch mit der Aufnahme der Deutschen in das polnische Nationalkomitee nicht einverstanden und traten lediglich für eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ruhe und Sicherheit in der Stadt ein. Diese Haltung gehört in den polnisch-deutschen Beziehungen der damaligen Zeit zu den umstrittensten Fragen. Das hat auch in der Historiographie seine Widerspiegelung gefunden. Die extremste Ansicht vertrat Kothe, der diesen Schritt der Polen als den Anfang einer offenen Feindschaft gegenüber den Deutschen deutete. Eine ausgewogenere Haltung nahm Schmidt ein, der die Meinung vertrat, daß die Ablehnung des Vorschlags insofern ein Fehler der polnischen Seite gewesen sei, als dadurch die Sympathie vieler Deutschen verlorengegangen und es schließlich zur Gründung eines deutschen Komitees gekommen sei. Gleichzeitig war er der Auffassung, daß dieser Schritt nicht von einer feindlichen Haltung gegenüber den Deutschen diktiert gewesen sei und demzufolge auch keine feindlichen Aspekte enthalten habe. Vielmehr sei er die Folge der politischen Überzeugung der polnischen Politiker gewesen, daß das Hauptziel des Nationalkomitees auf der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Polens beruhe. Die gemeinsamen Verhandlungen von Polen und Deutschen würden zu Auseinandersetzungen geführt haben. Die polnischen Historiker beschränkten sich allein auf die Darstellung von Tatsachen. Es scheint, daß man die Meinung Schmidts in diesem Fall als eine durchdachte anerkennen sollte. Man konnte wohl kaum mit einem dauerhaften Zusammenleben beider Nationalitäten im Rahmen eines Komitees rechnen. Zu beachten ist dabei, daß die liberal gestimmten Deutschen innerhalb der deutschen Bevölkerung der Provinz eine Minderheit bildeten. Gleichzeitig wollten die reaktionären Kreise in Berlin mit dem König an der Spitze keine Zugeständnisse zugunsten der polnischen Bevölkerung machen.

Zugleich strömten aus der Provinz übertriebene Nachrichten von Ausschreitungen der Polen gegen die Deutschen nach Berlin. Als die Deutschen am 23. März eine abschlägige Antwort vom Nationalkomitee bekamen, gründeten sie in Poznań ihr eigenes Organ mit dem Namen „Deutsches National-Comité". An seiner Spitze standen die

Deutschen mit liberalen Anschauungen, wie Emil Brachvogel. Zum Ziel setzte er sich die Erhaltung der Ordnung und die Zusammenarbeit mit dem polnischen Komitee.

Inzwischen trafen aus Berlin Nachrichten ein, daß der König eine Reorganisation des Großherzogtums Posen beabsichtigte. Das beunruhigte die deutsche Bevölkerung. Es herrschte die Meinung, daß die Regierung auf die Provinz Posen verzichte. Von diesem Augenblick an können wir beobachten, daß von den Losungen der ersten Tage der Revolution abgegangen wurde zugunsten einer ansteigenden nationalistischen und sogar chauvinistischen Tendenz, die immer größere Kreise ergriff. Die Deutschen fühlten sich in ihrer privilegierten Stellung bedroht. Im Rahmen der Vereinigungsstimmungen verkündeten sie Losungen der nationalen Einheit ganz Deutschlands, und jegliche Idee des Verzichts auf irgendwelche Gebiete wurde abgelehnt.

Die Stimmungsänderung zog schnell Folgen nach sich, denn schon am 27. März 1848 erweiterte man den Personalbestand des Deutschen-National-Comités durch die Aufnahme nationalistisch gestimmter Mitglieder. An die Spitze rückte der Regierungsrat Eberhard Kolbe Schreeb. Die Vertreter des Deutschen National-Comités konnten nicht nur mit der Unterstützung der Armee, sondern auch der Hofkamarilla rechnen. Den ersten Angriff richtete man gegen die am 29. März ernannte Reorganisationskommission: sie bestand aus acht hervorragenden polnischen Funktionären, wie Gustaw Potworowski, Karol Libelt oder dem Priester Antoni Prusinowski und aus zwei polenfreundlichen Deutschen: dem Oberbürgermeister von Poznań Eugen Neumann und dem Juristen Eduard Boy. Man entsandte eine Sonderdeputation nach Berlin mit Robert Hepke an der Spitze, die die Bildung einer gesonderten Kommission sowohl für die Deutschen als auch für die Juden forderte. In der preußischen Hauptstadt begann nun eine polenfeindliche Propaganda, die die polenfreundlichen Stimmungen abschwächen sollte.

So übertrieb man hier die sogenannte Verfolgung der Deutschen in der Provinz Posen. In Wirklichkeit hatte die Revolution in der Provinz Posen von wenigen Ausnahmen abgesehen einen unblutigen Charakter. Auf den Gebieten mit überwiegend polnischer Bevölkerung entstanden Nationalkomitees, denen auch manchmal die Deutschen beitraten, teils gezwungenermaßen, teils um die Interessen der deutschen Bevölkerung zu vertreten. Man entfernte die preußischen Staatswappen von den Amtsgebäuden, und die Amtsherrschaft wurde den deutschen Beamten abgenommen. In manchen Kreisen blieben die Landräte, die nicht gegen die sich bildenden polnischen Amtsorgane auftraten, in ihren Stellungen. Selten kam es zu Ausschreitungen gegen die deutsche und jüdische Zivilbevölkerung. Schmidt schrieb zu diesem Thema: „Wie früher das Volk mit gutem Instinkte und natürlichem Wohlwollen alle Privatpersonen fremden Volksstammes geschont hatte, so machten jetzt die Lokalcommitées nach Ordre ihrer Zentralbehörden dieses Verfahren zu einem Grundsatz“ [12].

Auf beiden Seiten waren einige Todesopfer zu verzeichnen. Ein Teil der deutschen Bevölkerung flüchtete und trug dazu bei, daß sich polenfeindliche Stimmungen verbreiteten.

Den Polen war es nicht gelungen, in den Kreisen mit deutscher Mehrheit und dort, wo starke Militärabteilungen stationiert waren (z. B. in Gniezno, Inowrocław, Śrem) die Herrschaft zu übernehmen. Im Kreis Ostrzeszów nahmen die revolutionären Ereignisse einen deutlichen Klassencharakter an. Es kam zu Überfällen der ortsansässigen Bauern auf die polnischen und auf die deutschen Höfe. Die Gutsbesitzer bekämpften, unabhängig von ihrer Nationalität, im Zusammenwirken mit den preußischen Truppen den Aufruhr. In den Kreisen Inowrocław und Oborniki gelang es den Behörden sowie

[12] Hans Schmidt, a. a. O., S. 106.



den Junkern, einen Teil der unaufgeklärten polnischen Bevölkerung für die deutsche Seite zu gewinnen. In den Kreisen mit überwiegend deutscher Bevölkerung war die Tätigkeit der polnischen Behörden sehr begrenzt oder wurde im Keim erstickt. Es entstanden dort deutsche Sicherheitskomitees, die mit den Behörden zusammenarbeiteten.

Neben Poznań entstanden noch zwei andere starke Zentren der nationalistischen deutschen Bewegung. Eines war Bydgoszcz, wo man am 23. März den deutschen Schutzverein gründete. Die am 26. März vom polnischen National-Komitee organisierte deutsch-polnische Volksversammlung verwandelte sich in eine große deutsche Nationalkundgebung. Die polnischen Funktionäre verließen eilig Bydgoszcz aus Furcht um das eigene Leben. Das Gerücht über eine eventuelle Reorganisation der Provinz rief einen entschiedenen Protest der dortigen Deutschen hervor. Es wurden zahlreiche Bittschriften nach Berlin geschickt mit der Forderung, diese Gebiete dem Deutschen Bund einzugliedern. In Berlin traf eine deutsche Abordnung ein, die die Teilung des Großherzogtums in einen deutschen und in einen polnischen Teil verlangte.

Neben Poznań und Bydgoszcz war Międzyrzecz ein drittes Zentrum, in dem sich die deutsche Aktivität konzentrierte. So entstand hier ein deutsches Komitee, dessen führende Persönlichkeit der Direktor der Realschule Samuel Gottfried Kerst war. Die deutsche Bevölkerung, die die westlichen Gebiete bewohnte, verfaßte Bittschriften, in denen sie forderte, in die benachbarten Landkreise eingegliedert zu werden. In den südwestlichen Kreisen, in denen auch die deutsche Bevölkerung überwog, gestaltete sich die Situation differenzierter. Die Deutschen katholischer Konfession verhielten sich zurückhaltend gegenüber der deutschen chauvinistischen Bewegung, in der sie eine evangelische Bewegung sahen. Nur in größeren Städten, nämlich in Leszno, Wschowa und Rawicz gaben die Nationalisten den Ton an.

Währenddessen erfolgte in Berlin ein Regierungswechsel. Am 29. März wurde der rheinländische Bankier, der Liberale Ludolf Camphausen Ministerpräsident. Im allgemeinen hatte diese Regierung einen liberaleren Charakter als die Regierung des Grafen Arnim. Ihr Ziel war die Vereinigung Deutschlands unter der Leitung eines liberalen Preußens. Dabei rechnete man mit der Möglichkeit eines Krieges gegen Rußland. Der König, der durch die Entwicklung gezwungen war, der Bourgeoisie Zugeständnisse zu machen, verzichtete keineswegs auf einen untergründigen Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte und Tendenzen. Auf seine Anregung entstand in Potsdam ein eigenartiges Schattenkabinett — eine Hofkamarilla, die sich aus extrem reaktionären Elementen zusammensetzte. Von diesem Zeitpunkt an kamen Anordnungen in Sachen Polen aus zwei Zentren: von der Regierung und vom König. Während Camphausen eine friedliche Lösung zu suchen bestrebt war, arbeitete der König auf eine bewaffnete Auseinandersetzung mit der polnischen Bewegung hin. Die erste Geste der neuen Regierung gegenüber den Polen war die Ernennung von General Wilhelm Willisen zum königlichen Kommissar, dessen Aufgabe darin bestand, die Reorganisation des Großherzogtums Posen durchzuführen. Seine Bestellung auf diesem Posten wurde von den Polen seit einigen Tagen angestrebt. Willisen kannte die Verhältnisse in der Provinz Posen ausgezeichnet, da er einen bedeutenden Teil seines Militärdienstes hier abgeleistet hatte. Den Polen gegenüber hatte er eine freundschaftliche Einstellung. Er trat am 3. April sein Amt an; zwei Tage später traf er in Poznań ein. Er setzte sich das Ziel, eine friedliche Lösung der komplizierten Verhältnisse im Großherzogtum Posen zu schaffen, wobei er selbstverständlich die deutschen Interessen nicht aus dem Auge verlor. Er beabsichtigte, die Reorganisation auf den polnisch besiedelten Gebieten durchzuführen. Die angrenzenden Kreise wollte er den benachbarten Provinzen eingliedern. Auch er rechnete mit der Möglichkeit eines Krieges gegen Rußland.

Als Willisen in Poznań eintraf, führten schon die deutschen Chauvinisten und die

Armee eine Gegenaktion durch, die nicht nur gegen die Polen, sondern auch gegen die Reorganisationspläne gerichtet war. Am 1. April bildete man in Bydgoszcz den Bürgerausschuß zur Wahrung der preußischen Interessen im Großherzogtum Posen. Am 3. April erfolgten weitere Ereignisse, die einen großen Einfluß auf die weitere Entwicklung ausübten. Das Deutsche National-Comité erließ einen Aufruf an die Deutschen, in dem sie zum Schutz ihrer nationalen Interessen, d. h. zur Aufrechterhaltung des status quo im Großherzogtum aufgefordert wurden. Am selben Tag führte Colomb in Poznań den vor zehn Tagen abgeschafften Belagerungszustand wieder ein. In dieser Situation wurde der Erfolg des Auftrages von Willisen zweifelhaft. Wider seinen Willen wurde er zum Werkzeug in den Händen der reaktionären Kreise. Seine Berufung sollte in der Absicht des Königs die Wachsamkeit der Polen täuschen. Die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ließen ihm nur ein beschränktes Betätigungsfeld. Vor allem sollte er bemüht sein, Ruhe und Sicherheit in der Provinz wiederherzustellen. Sämtliche Zugeständnisse an die Polen sollten auf die Wahl eines Polen zum Oberpräsidenten, auf die Wiederherstellung der Wahlen zu den Landräten und auf die Einsetzung der Polizei, den Wünschen der ortsansässigen Bevölkerung entsprechend beschränkt werden. In der Instruktion wurde besonders betont, daß die vorgeschlagenen Änderungen die Rechte der deutschen Bevölkerung nicht im geringsten mindern dürften. Alles in allem: ein klassischer gordischer Knoten.

Willisen beobachtete mit Unruhe die Stimmung der deutschen Bevölkerung und die Einstellung der Generalität. In seinem Bericht vom 6. April nach Berlin schrieb er: „Ich muß hierbei bemerken, daß sowohl Gen. v. Colomb als sein Chef des Generalstabs und Gen. v. Steinäcker nur Gewalt wollen. Wenn es sein soll, so werde ich sehr gerne gleich zurücktreten (. . .). Die Deutschen finde ich hier in einer egzaltierten erbitterten Stimmung, welche mein Geschäft ungeheuer erschweren“ [13]. Trotz dieser ungünstigen Umstände brachte Willisen ein Höchstmaß an gutem Willen auf, um die kriegerischen Auseinandersetzungen zu vermeiden und um wenigstens teilweise die Polen zu befriedigen. Von den Deutschen wurde seine Tätigkeit im allgemeinen scharf verurteilt. Gleichzeitig ging Gen. Colomb, der die Unterstützung des Königs hatte und über große Militärkräfte verfügte, an die Pazifikation. Mit Mühe ist es Willisen gelungen, die bewaffnete Aktion der preußischen Armee gegen das polnische Lager in Trzemeszno aufzuhalten. Am 11. April kam es in Jarosławiec zu einer Begegnung Willisens mit den polnischen Funktionären Libelt, Stefański, Garczyński, Anastazy Raczyński und Ludwik Mieroslawski. Das Ergebnis dieser schwierigen Diskusssion, die unter dem Druck des Ultimatums von Colomb und seiner Drohung, die kriegerischen Handlungen fortzusetzen, stattfand, war ein Kompromiß. Die Polen gestanden die Entlassung der Mehrheit der aufständischen Truppen zu, wofür sie das Versprechen, die Reorganisation der Provinz durchzuführen, erhielten.

Diese Vereinbarung konnte jedoch niemanden befriedigen. Unter den Polen herrschte Verbitterung. Die Aufstandsarmee, Symbol der Andersartigkeit, wurde ernsthaft reduziert, unklar blieb jedoch der Umfang der Reorganisation. Die Deutschen faßten diese Vereinbarung als einen Verrat an nationalen Interessen auf. Willisen versuchte die Reorganisation in die Praxis umzusetzen, u. a. indem er polnische Kommissare bei den Landräten ernannte, wodurch sich die Situation verschärfte. Letzten Endes verließ Willisen am 22. April das Großherzogtum und fuhr nach Berlin, wo er auf die Unterstützung seiner Pläne rechnete. Er sollte nie wieder ins Großherzogtum zurückkommen. Bevor er in die preußische Hauptstadt fuhr, erhielt er Hiobsbotschaften. Die preußi-

[13] Archiwum Państwowe m. Poznania i woj. poznańskiego, Naczelne Prezydium. Die Revolution von 1848–1849, IX, nr. 1a, Rapport von Willisen.



schen Truppen führten die Pazifikationsaktion weiter durch und zwar unter dem Vorwand, die Polen hätten die Bedingungen der Konvention von Jarosławiec nicht eingehalten. Es gab viele Tote und Verletzte. Auch die Truppen der deutschen Kolonisten, sog. Freischaren, verbreiteten Terrorismus. Die Situation verschärften noch die Verordnungen des Königs vom 14. und 26. April, die das Gebiet des Großherzogtums Posen, das der Reorganisation unterlag, systematisch einschränkten. Der leitende Präsident der Provinz Karl Moritz Beuermann ordnete die Auflösung aller polnischen Komitees an.

Diese Faktoren riefen zusammen den Widerstand der polnischen Bevölkerung hervor, und es brach eine spontane Volksbewegung aus. Die Bauern und die verarmte Stadtbevölkerung verteidigten die Nationalfarben, die lokalen polnischen Behörden und vor allem die Geistlichen, die oft verfolgt wurden. Es kam zu häufigen Gefechten mit den Truppen und zu Ausfällen gegen die deutsche Zivilbevölkerung. Das Polnische Zentral-National-Komitee und die kirchlichen Würdenträger versuchten, das Volk von ähnlichen gewaltsamen Ausfällen abzuhalten, obwohl sie selbst gegen die Aufteilung des Großherzogtums Posen waren. Der Erzbischof Leon Przyluski entwarf einen Aufruf an die Gläubigen, in dem er Willisen unterstützen wollte. In diesem Aufruf gab er seine Hoffnung auf eine friedliche Durchführung der Reorganisation im Großherzogtum Posen Ausdruck; er mahnte seine Gläubigen, Geduld zu üben und die alten Feindschaften zu vergessen. Jedoch hielten die Nachrichten von der vom König geplanten Teilung des Großherzogtums den Erzbischof davon ab, diesen Aufruf zu veröffentlichen. Als ein entschiedener Gegner bewaffneter Auseinandersetzungen versuchte er – ebenso wie das Zentral-National-Komitee – die wachsende Aktivität der polnischen Bevölkerung in legale Bahnen zu lenken. Eine Gelegenheit dazu bot die Ankündigung der Wahlen zur Nationalversammlung in Berlin, die Anfang Mai stattfinden sollten.

Die polnischen Politiker hatten einen Zentralwahlausschuß einberufen. Sowohl die Geistlichen als auch die Laienfunktionäre begannen mit einer Wahlpropaganda zugunsten der polnischen Kandidaten.

Przyluski gab ein Umlaufschreiben an die katholischen Geistlichen heraus, in dem er sie zur Unterstützung der Kandidaten aufforderte, die die Interessen der katholischen Kirche für wichtig hielten. Diesem Schritt des Erzbischofs Przyluski begegnete der Zentral-Bürgerausschuß-Netzedistrikt mit einem brutalen Angriff. In einem entsprechenden Aufruf warf man den Geistlichen vor, religiösen und politischen Fanatismus zu verbreiten. Man forderte den Erzbischof auf, ähnlich wie den Bischof von Chelm, Anastazjusz Sedlak, einen ultraloyalen Hirtenbrief zu veröffentlichen. Przyluski konnte gegenüber diesem Angriff nicht gleichgültig bleiben. Am 21. April veröffentlichte er einen Hirtenbrief, in dem er sich entschieden gegen die Teilung des Großherzogtums Posen erklärte und die Gläubigen aufforderte, sich über die Zugehörigkeit zum Deutschen Bund auszusprechen. Er warnte sie gleichzeitig vor der Möglichkeit, daß in diesem Verein „ihre Interessen und wenigstens die religiösen ihre Bedeutung und ihren Schutz verlieren“ könnten[14].

Selbstverständlich verhielten sich nicht alle Deutschen so unfreundlich und sogar feindlich gegenüber den Polen. Deutsche Katholiken aus Leszno, unter der Führung von Justizrat Stiebler, sprachen sich gegen die Teilung der Provinz Posen und für die Durchführung der Reorganisation auf dem ganzen Territorium des Großherzogtums Posen aus. Auch unter den deutschen Protestanten mangelte es nicht an Befürwortern der polnischen Sache. So veröffentlichte der Militärarzt aus Leszno Dr. Johann Metzig

[14] Zitiert nach Priester Zygmunt Zieliński, Kościół Katolicki w Wielkim Księstwie Poznańskim w latach 1848–1865, Lublin 1973, S. 103.

im April 1848 zahlreiche Artikel in der „Breslauer Zeitung". Metzig war gegen die Teilung der Provinz Posen. Seiner Ansicht nach sollte die Provinz Posen in den Grenzen Deutschlands bis zur Gründung eines unabhängigen polnischen Staates bleiben. Im Mai veröffentlichte er eine umfassende Broschüre: „Friede sei mit Euch, Liebet Euch untereinander". Kennzeichnend auch war der am 22. April an Willisen geschriebene offene Brief des Gutsbesitzers Albert Hans von Radlitz aus dem Kreis Międzyrzecz. Darin erklärte der Verfasser, daß Polen vor 300 Jahren die Wahlheimat seiner Familie geworden sei. Sowohl die Teilungspläne als auch die chauvinistische Bewegung schrieb er der eingewanderten Bevölkerung zu.

Die Bemühungen polnischer Politiker, des Erzbischofs und einiger Deutschen, die militärische Auseinandersetzung zu vermeiden, waren zum Scheitern verurteilt.

Colomb, mit 40 000 Soldaten den vier- bis fünftausend schlecht bewaffneten und ungeschulten Aufständischen klar überlegen, war für die Auflösung der polnischen Lager. In dieser schwierigen Situation hatte die nächste Kabinettsordre des Königs, der das Gebiet der eventuellen Reorganisation auf eine geradezu lächerliche Weise einschränkte, zur Folge, daß sogar den freundschaftlich gestimmten polnischen Politikern jegliche Argumentation genommen wurde. Die Reorganisation sollte nämlich nur neun ganze Landkreise sowie kleinere Teile sechs anderer Kreise umfassen. Es ist hierbei zu bemerken, daß die Provinz Posen insgesamt 26 Kreise zählte, und daß hier die polnische Bevölkerung eine deutliche Mehrheit bildete. Poznań befand sich außerhalb des von der Reorganisation vorgesehenen Territoriums. Völlig begründet schreibt Stefan Kieniewicz:" Unter diesen Bedingungen konnte kein Pole an der Reorganisation teilnehmen" [15]. Es scheint, daß diese Kabinettsordre darauf zielte, den Polen die Argumente im Dialog mit den Behörden zu entziehen. Eins von diesen Argumenten war die kleine Aufstandsarmee. Seine Absichten verdeutlichte der König in einem Brief an Camphausen vom 24. April 1848, in dem er der Auflösung der polnischen Truppen und der Erhaltung des Belagerungszustands eine besondere Bedeutung zuschreibt, um erst danach die nächsten Schritte einzuleiten.

Dieser Entschluß des Königs über die Reorganisation war für die polnischen Politiker vernichtend. Am 27. April kam es während einer dramatischen Sitzung des Zentral-National-Komitees zur Spaltung dieses Komitees. Ein Teil der Mitglieder sprach sich für die Waffenstreckung aus, die anderen dagegen waren für Weiterführung des Kampfes. Am nächsten Tag fand in Miłosław eine Versammlung der Delegierten der Militärlager statt, auf der man die Funktion des Oberbefehlshabers an Ludwik Mierosławski übertrug. Während die Polen den Oberbefehlshaber wählten, schickten der Minister für Innere Angelegenheiten Auerswald und der Kriegsminister Karl Reyer ein Schreiben an Colomb und Beuermann. In diesem Schreiben ordneten sie den Abzug der preußischen Truppen aus den Polen zuerkannten Landkreisen, die Unterbrechung der Pazifikation sowie der Erhaltung vier polnischer Kaderheeresabteilungen an. Der Rest der Aufstandsarmee sollte aufgelöst werden. Sollten die Polen dieser Anordnung nicht folgen, so hätten die preußischen Truppen einzumarschieren. Als besonders wichtig wurde die Entlassung der Emigranten betrachtet.

Colomb gewann auf Grund dieses Dokuments ein breites Betätigungsfeld. Am 29. April griff er das Lager der Aufständischen in Książ mit dem Emigranten Florian Dąbrowski an der Spitze an. Er konnte nicht zurücktreten, weil seine Truppe von kampfbereiten preußischen Soldaten bedroht wurde. Im Licht dieser Ereignisse ist es schwer, sich mit der Feststellung von Siegfried Baske, dem Autor einer sehr interessanten Arbeit „Praxis und Prinzipien der preußischen Polenpolitik", einverstanden zu erklären.

[15] Stefan Kieniewicz, a. a. O., S. 365.



Baske schreibt: „Bedeutsam war weiterhin, daß der Kampf zu einer Zeit begonnen wurde, als noch im Ministerium die Bereitschaft zu Konzessionen vorhanden war und daß Miroslawski erst zwei Wochen nach der Kabinettsordre vom 26. kapitulierte" [16].

Es ist jedoch bekannt, daß den Kriegsausbruch mehrere Faktoren verursachten, und zwar: eine entschieden polenfeindliche Einstellung des Königs, eine unentschiedene Regierungspolitik, Aktionen der deutschen Chauvinisten und die Pazifikationen.

Der Feldzug endete trotz vorübergehender polnischer Erfolge (Miłosław und Września-Sokołów) mit einer totalen Niederlage. Im Laufe des Krieges löste sich das Zentral-National-Komitee auf. Die preußische Herrschaft wurde im Großherzogtum Posen wieder hergestellt. Die Provinz Posen wurde zum Schauplatz strafloser gegen die polnische Bevölkerung gerichteter Pazifikationen. Die liberale Regierung und der König entschlossen sich jedoch nicht, schärfere Repressionsmittel gegenüber denjenigen anzuwenden, die an den Ereignissen teilgenommen hatten. Übrigens verlangten die Polen die Bestrafung der Deutschen, die an den blutigen Ausschreitungen teilgenommen haben. Der König amnestierte am 7. Oktober 1848 sowohl die Aufständischen als auch ihre Unterdrücker. Nicht begnadigt wurden jedoch polnische Offiziere, Lehrer, Beamte und Geistliche, die man aus dem Staatsdienst entließ.

Die polnische Bevölkerung konnte sich nur mit Mühe nach der erlittenen Niederlage aufrichten. Die Deutschen feierten Triumphe. Der Kampf um den Charakter des Großherzogtums Posen spielte sich jetzt auf legale Art und Weise ab. Die Handlungen der deutschen Chauvinisten in der Provinz Posen gewannen immer mehr an Ausmaß. Besondere Bedeutung maß man der Reorientierung des Teils der deutschen Bevölkerung bei, der mit Polen sympathisierte. Das endgültige Ziel dieser Handlungen waren Gegenmaßnahmen im Hinblick auf eventueller Veränderungen in der Provinz Posen und die Bemühungen um die Eingliederung der Provinz in den Deutschen Bund. Das beste Forum für dieses Vorhaben boten die gesetzgebenden Organe in Frankfurt und in Berlin. Mit den Handlungen, die die Verwirklichung dieser Pläne zum Ziel hatten, begann man schon in der zweiten Aprilhälfte, als der schon erwähnte Kerst aus Międzyrzecz und Hermann Loew aus Poznań in Frankfurt eintrafen. Beide verbreiteten emsig falsche Gerüchte über die polnischen Verbrechen an Deutschen und übertrieben die Zahl der Deutschen in der Provinz Posen. Mit Erfolg bemühten sie sich um die Sympathie der konservativen und der gemäßigten Liberalen, während sie die aus demokratischen Kreisen stammenden Freunde Polens mit den schlimmsten Schimpfwörtern bedachten. Bald brachte diese Aktion die ersten Erfolge. Der Bundestag beschloß, den größten Teil des Territoriums des Großherzogtums Posen (dem Kabinettsbefehl des Königs vom 26. April zufolge) in den Deutschen Bund einzugliedern. Die nächste Etappe hatte zum Ziel, die Mehrheit des zukünftigen deutschen Parlaments für diese Pläne zu gewinnen. Im Mai wurde die Provinz Posen zum Schauplatz heftiger Wahlkampagnen zum Frankfurter Parlament und zur Nationalversammlung in Berlin. Es kam zu Auseinandersetzungen zwischen den Polen und den Deutschen. Die Wahlkampagne und die Wahlen selbst fanden in einer für die Polen ungünstigen Situation statt — und zwar gleich nach der Niederlage des Aufstands.

Die preußischen Behörden scheuten keine Mühe, den Polen die Gewinnung der Abgeordneten-Mandate zu erschweren. Schließlich wurden in die Nationalversammlung 16 Polen und 14 Deutsche gewählt. Charakteristisch war die soziale Zusammensetzung dieser Gruppe. Unter den Polen waren 7 Gutsbesitzer, 4 Geistliche, 4 Vertreter des Bürgertums und der Intelligenz und 1 Bauer. Unter den Deutschen waren 9 Beamte, 4

[16] Siegfried Baske, Praxis und Prinzipien der preußischen Polenpolitik vom Beginn der Reaktionszeit bis zur Gründung des Deutschen Reiches, in: Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 9, Berlin, Wiesbaden 1963, S. 19.

Junker, 1 Geistlicher. Diese Zusammensetzung zeugt deutlich von der führenden Rolle der Vertreter der Bürokratie in der deutschen Bevölkerung; an zweiter Stelle befanden sich die Junker. Trotz einer so großen Belebung, die die Revolution für das politische Leben brachte, mangelte es unter der deutschen Bevölkerung in der Provinz Posen weiter an hervorragenden Persönlichkeiten aus Kreisen des Bürgertums. In der Nationalversammlung unterstützten die Polen die Linke, während die deutschen Abgeordneten aus der Provinz Posen ein machtloses Werkzeug in den Händen der Rechten und der Regierungskreise waren. Die Polen konnten dank der Linken in der Nationalversammlung – wie sich das in der Praxis bestätigte – lediglich einen moralischen Sieg erringen. Im Oktober fand eine Debatte über den Entwurf der Verfassung für Preußen statt. Nach einer heftigen Diskussion wurde mit einer Stimme Mehrheit der Antrag des Abgeordneten Adolf Phillips aus Elbląg angenommen, der den Titel „Großherzogtum Posen" in die Verfassung einführte und für die polnische Bevölkerung Rechte verlangte, die ihr eine ungestörte nationale Entwicklung garantierten. Für diesen Antrag stimmten, neben den Polen, die Abgeordneten der Linken und des linken Zentrums. Selbstverständlich stimmten die deutschen Abgeordneten aus dem Großherzogtum gegen diesen Antrag; anschließend reichten sie ihren Protest ein. Die Situation im Frankfurter Parlament gestaltete sich für die Polen bedeutend ungünstiger. Die Polen boykottierten die Wahlen aus Protest gegen die Vorschläge, das Großherzogtum Posen in den Deutschen Bund einzugliedern, und wählten nur einen Abgeordneten – den Geistlichen Jan Chryzostom Janiszewski – als Verteidiger der polnischen Interessen in Frankfurt. Die deutsche Deputation bestand aus 11 Abgeordneten, die ihre Mandate ohne Kampf erringen konnten. Auch hier dominierten Abgeordnete aus den Kreisen der Junker und des Beamtentums. Die meisten von ihnen traten der extremen oder der gemäßigten Rechten bei. Als der Abgeordnete Emil Senff aus Inowrocław sich für die Linke aussprach, wurde er gezwungen, sein Mandat niederzulegen. Den Deputierten aus dem Großherzogtum Posen gelang es, Agitationsaktionen zu entwickeln, die die Abschwächung der polenfreundlichen Stimmungen unter einem Teil der Abgeordneten zum Ziel hatten. Im Juli 1848 fand eine Abstimmung über die Zukunft der Provinz Posen statt. Die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten (342:41) sprach sich für die Teilung des Großherzogtums Posen aus. Wie es nicht anders zu erwarten war, wurde der Antrag der deutschen Demokraten abgelehnt, in dem sie vorschlugen, den Wiederaufbau Polens als die heilige Pflicht der deutschen Nation anzuerkennen. Die fortschrittlichen deutschen Kräfte kritisierten scharf die Haltung der Abgeordneten in Frankfurt, es erschienen u. a. in der „Neuen Rheinischen Zeitung" flammende Artikel von Friedrich Engels.

Allmählich gelang es den Polen, sich von den Folgen der erlittenen Niederlage zu befreien. Die polnischen Politiker maßen der legalen Tätigkeit große Bedeutung zu. Am 25. Juni 1848 entstand die Polnische Liga. Ihre Aufgabe bestand darin, „das polnische Nationalbewußtsein aufzurichten". Sie nahm gleichzeitig die Arbeit unter der Losung der nationalen Solidarität auf. An der Spitze der Polnischen Liga stand der Wissenschaftler und Gutsbesitzer August Cieszkowski, einer der hervorragendsten Philosophen dieser Epoche. Die Polnische Liga umfaßte die Provinz Posen und Westpreußen. Ihr gehörten ungefähr 37 Tausend Personen an.

Die deutsche Bewegung büßte nach der Niederlage des polnischen Aufstands an Elan ein. Die deutschen Funktionäre arbeiteten traditionsgemäß mit den Zivil- und Militärbehörden zusammen. In der Zeit, als der bewaffnete Widerstand der Polen sich seinem Ende näherte, traf in Poznań der neue königliche Kommissar Ernst Pfuel ein. Er war Anhänger einer konsequenten Wahrung der deutschen Interessen und war bemüht, die Zugeständnisse an die Polen zu beschränken.



Am 11. Mai 1848 organisierte das Deutsche-National-Comité eine große Manifestation anläßlich der Eingliederung Posens an Deutschland. Dieses Comité gab ein ironisch gehaltenes Manifest heraus, das die Polen zum Einverständnis und zum Vertrauen aufrief.

Zwischen den drei führenden Zentren der nationalistischen deutschen Bewegung, Poznań, Bydgoszcz und Międzyrzecz, bestanden Meinungsunterschiede, die sich auf die Zukunft des Großherzogtums Posen bezogen. Die Funktionäre von Poznań und Międzyrzecz waren Anhänger der Demarkation und damit der Bildung eines gesonderten polnischen Teils mit dem Zentrum Gniezno. Die Nationalisten von Bydgoszcz dagegen vertraten die Meinung, daß die Provinz Posen in Preußen voll integriert werden sollte. Aus taktischen Gründen – im Blick auf das Frankfurter Parlament – beschlossen sie, derartige Auftritte zu vermeiden und betrachteten sie als „wegen der Zeitverhältnisse empfohlene Concession" [17]. Allmählich richteten sie jedoch ihre Tätigkeit auf die Bildung der Organisationen, die die ersten Zellen der zukünftigen politischen Parteien waren. In Poznań und in Bydgoszcz entstanden Organisationen deutscher Liberaler (Konstitutioneller Klub und Deutscher Bürgerverein), die extrem rechten und chauvinistischen Kräfte gruppierten sich im Verein für König und Vaterland. Es war charakteristisch, daß diese Gruppierungen eine ähnliche Stellung in Bezug auf das Großherzogtum Posen bezogen, trotz der unterschiedlichen Auffassungen von der Zukunft Preußens und Deutschlands. Sowohl die Liberalen als auch die Konservativen protestierten gemeinsam gegen das Gesetz der Nationalversammlung vom 23. Oktober über die Unteilbarkeit des Großherzogtums Posen und über die den Polen zugesprochenen Nationalrechte.

Man verzichtete nicht auf unmittelbare Ausschreitungen gegen die polnische Bevölkerung. Die chauvinistischen Kreise beobachteten mit Unruhe die wachsende polnische Aktivität im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich. Im Juni 1848 nahm das Deutsche-National-Comité den Entwurf über die Entfernung der polnischen Mitarbeiter aus den deutschen Unternehmen an. Ein Teil der Werkstattbesitzer und der Kaufleute führte dieses Postulat in die Praxis ein. Im September kam es zu ökonomischen Auseinandersetzungen zwischen den Polen einerseits und Deutschen und Juden andererseits. Beide Seiten riefen die Landsleute auf, den Gegner wirtschaftlich zu boykottieren. Die Losung „Jeder zum Seinigen" feierte, wenn auch kurz, Triumphe, denn beide Seiten gaben sie bald auf.

Die chauvinistischen Kreise beobachteten unruhig die Entwicklung der legalen polnischen Arbeit, die von der Polnischen Liga inspiriert wurde. Robert Hepke beurteilte in der Broschüre „Die Polnische Liga und der Deutsche Bund in Posen" die Entwicklung der deutschen Bewegung im Vergleich zu der Aktivität der Polen als höchst mangelhaft. In der Folge dieser Beurteilung gründete man im November zwei miteinander arbeitende Organisationen, die sich die Mobilisierung der Deutschen zum Kampf gegen die Polnische Liga zum Ziel setzten. Eine dieser Organisationen war der „Verein der deutschen Verbrüderung im Regierungsbezirk Posen" und die zweite in Bydgoszcz hieß „Deutscher Verein für den Netzedistrikt". Diese beiden Organisationen entwickelten jedoch keine breite Tätigkeit. Die meisten Deutschen in der Provinz Posen vertraten die Meinung, daß Armee und Staat die besten Garanten ihrer privilegierten Position seien. Man beobachtete mit Sympatie die wachsende Konterrevolution in Preußen; diese Stimmung kam zum Ausdruck in zahlreichen untertänigen Äußerungen. Die Gründung des ersten deutlich konterrevolutionären Kabinetts des Grafen Friedrich Bran-

[17] Biblioteka Główna im. Adama Mickiewicza w Poznaniu. Flugblättersammlung aus den Jahren 1848–1849, Bd. 2.12. Deutsches Komitee in Bydgoszcz an Deutsches Komitee in Poznań, 29. 5. 1848.

denburg im November 1848 begrüßte man mit einer Dankadresse an den König. Den vereinzelten Proteststimmen der Liberalen begegneten scharfe Verurteilungen der konservativen Kreise.

Diese Situation wiederholte sich im Dezember 1848, als König Friedrich Wilhelm IV. die Nationalversammlung auflöste und die Verfassung oktroyierte. Der überwiegende Teil der hiesigen deutschen öffentlichen Meinung sah in der neuen Verfassung, die die Position des Königs stärkte und die Befugnisse der gesetzgebenden Organe beschränkte, eine großartige Geste. Wiederum sandte man Dankbarkeitsadressen nach Berlin. Den Stimmen der Konservativen schlossen sich die Liberalen an. Der immer kleiner werdenden linken Opposition wurde jegliche menschliche Würde genommen. Aus dieser Gruppe stammte vor allem eine Handvoll Funktionäre, die entweder einen modus vivendi mit den Polen suchten oder sie verteidigten.

Die Demokraten, deren wichtige Zentren Leszno und Rawicz waren, gruppierten sich im „Verein zur Wahrung der Volksrechte". Sie versuchten Kontakte mit den Polen anzuknüpfen. Zu ihnen gehörte J. E. Pehmler, bekannt wegen seiner Tätigkeit in Berlin und in Gdańsk. Im September 1848 verbreitete er im Kreis Środa eine Broschüre, die Kritik an der Verhaltensweise der preußischen Offiziere und Beamten übte. Er hatte Verbindungen mit Jędrzej Moraczewski, Mitglied des ehemaligen polnischen Zentralen-National-Komitees. Weiter muß auch die Tätigkeit von Christian Fischer, Assessor des Appellationsgerichts in Poznań, hervorgehoben werden, der am 27. Mai 1848 in der Zeitung des Großherzogtums Posen dagegen protestierte, daß die Wahlen zum Frankfurter Parlament in Poznań durchgeführt wurden. Seinen Protest druckten auch andere deutsche Zeitungen und die französische L' Ere Nouvelle. Der uns schon bekannte Johann Metzig verteidigte auch die polnischen Interessen. Er versuchte vergebens, eine Organisation zu gründen, die die Zusammenarbeit zwischen den beiden Nationalitäten propagieren sollte. Große Bedeutung hatte die Polemik zwischen Ludwig Königk und Ernst Moritz Arndt, der eine Schmähschrift mit dem Titel „Polenlärm und Polenbegeisterung" über die Polen schrieb. Die deutschen Freunde Polens bedachte er mit Schandepiteta, und die Polen betrachtete er als eine minderwertige Nation. Königk deckte die Ignoranz und Fehleinschätzung der Deutschen in bezug auf die polnische Geschichte auf. Als eine Antwort auf die Ausführungen von Arndt nannte er die Feinde Polens Halunken, die sich als Patrioten tarnten.

Alle diese Tatsachen können jedoch nicht die Feststellung verhindern, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen entweder aktive Mitglieder der chauvinistischen Bewegung waren oder mit ihr sympathisierten. Die Beziehungen zwischen den Deutschen und Polen wandelten sich in jener Zeit radikal: von der Zusammenarbeit zum offenen Konflikt. Die Ereignisse in der Provinz Posen waren keine Ausnahme. Die Entwicklung der deutschen nationalistischen Bewegung, die gegen die einheimische Bevölkerung gerichtet war, erfolgte auch in der Tschechei (Verein der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Schlesien zur Wahrung ihrer Nationalität) und in Ungarn.

Im Großherzogtum Posen feierte die deutsche Bevölkerung dank der Unterstützung des Königs, der Regierung, der Armee, der örtlichen Verwaltungsbehörden und nationalistischer Kreise in ganz Deutschland Triumphe. Das war jedoch ein Pyrrhossieg. Die Ereignisse des Jahres 1848 beeinflußten die Entwicklung des Nationalbewußtseins der Polen nachhaltig. Der Mythos vom guten preußischen König, der in Teilen der Landbevölkerung verbreitet war, zerbrach. Legalistisch gestimmte polnische Politiker gaben den Gedanken einer eventuellen Zusammenarbeit mit den Behörden und den Glauben an die von der anderen Seite geleisteten Zugeständnisse auf. Es erwies sich, daß die Erklärung über die Einräumung gewisser Nationalrechte ein rein taktischer Schritt war. Die Behörden konnten auch nicht auf die Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche setzen. Die Ereignisse des Jahres 1848 führten nicht nur zur Entstehung einer Kluft zwischen der Regierung und den polnischen Untertanen, sondern warfen auch einen Schatten auf die Beziehungen zwischen der polnischen und der deutschen Bevölkerung.